

manche Gemeinden dringende Einnahmen durch Einbürgerung vermöglicher Ausländer. 1937 waren 67 Personen eingebürgert worden, darunter 40 wegen jüdischer Herkunft in Deutschland Verfolgte. Daraus nahmen Gemeinden und Land allein 1937 zusammen fast eine Million Franken ein, und die Sparkasse erhielt einen Zufluss von gut 800 000 Franken an Kautionsgeldern.⁷

Das Land schaffte mit den Mitteln Notstandsarbeit, am Binnenkanal, bei den Entwässerungsgräben in der Rheinebene, bei Rüfeverbauungen, beim Ausbau und Teeren von Strassen. Das Arbeitsamt teilte die Arbeitsuchenden zu. Es musste ausgelesen und abgewechselt werden. Ein bitterer Verteilungskampf herrschte. Das gleiche galt für die Vergabe von Aufträgen. Heiss umstritten waren die raren Staatsstellen, besonders bei Polizei und Post. Nackter Not begegnete man mit direkter Unterstützung: Die Regierung sprach in der wöchentlichen Sitzung mit den ersten rund 30 Traktanden Notbeiträge von je etwa 25 bis 50 Franken zu.⁸ Auch der Landesfürst bedachte manche mit Unterstützung.

Die Regierung subventionierte 1937 auch Arbeitslöhne bei privaten Bauarbeiten,⁹ zahlte 15 % an im Inland gekaufte Brautausstattungen, um Schreiner und Sattler zu stützen,¹⁰ und schuf dem Schneidergewerbe Arbeit, indem sie eine liechtensteinische «Einheitskleidung» für über 700 Schulkinder subventionierte.¹¹ Inländer, die – ungern genug – Knechtstellen annahmen, erhielten eine «Knechtprämie»¹². Diese Massnahmen wurden 1938 weitergeführt.

Bis Ende 1937 konnten die meisten Liechtensteiner einigermaßen beschäftigt werden, zumal auch privat wieder etwas mehr gebaut wurde.¹³ Aber im Februar und März, unmittelbar vor und nach dem österreichischen Anschluss und das weitere Jahr hindurch waren Liechtensteiner wieder arbeitslos. Aus Eschen schrieb ein Mann Mitte März 1938 an die Regierung: «Ich bin nun schon seit Ende September arbeitslos»; «... wenn ich so zum Fenster hinausschaue, ... so kommt man unwillkürlich zu dem Punkt, also du musst einfach zugrunde gehen».¹⁴ Auf solchem Hintergrund sind die innenpolitischen Verhältnisse zu betrachten.

INNENPOLITISCHE SITUATION: PARTEIENSTREIT

Liechtenstein war seit zwei Jahrzehnten vom heftigen Parteienstreit zerrissen.¹⁵ Die konservativ-bäuerliche Fortschrittliche Bürgerpartei regierte seit 10 Jahren, seit der Sparkassenaffäre von 1928, mit Regierungschef Dr. Josef Hoop¹⁶, Regierungschef-Stellvertreter Pfarrer Anton Frommelt¹⁷, zugleich Landtagspräsident, und Regierungsrat Peter Büchel¹⁸; vierter Regierungsrat war Alois Schädler¹⁹ von der Vaterländischen Union (VU). Die Bürgerpartei verfügte wegen des Majorzwahlsystems im Landtag über 11 Abgeordnete. Die oppositionelle Vaterländische Union²⁰ stellte nur 4 Abgeordnete. Sie war zwei Jahre zuvor (Ende 1935) erst durch Fusion der Christlichsozialen Volkspartei mit dem Liechtensteiner Heimatdienst entstanden. Die 1918 von Wilhelm Beck²¹ gegründete Volkspartei, ausgerichtet nach dem liberaldemokratischen System der Schweiz, mit starker Arbeiterkomponente, hatte in den Zwanzigerjahren mit Mehrheit regiert. Der Heimatdienst trat 1933 als Erneuerungsbewegung im Stil der Schweizer Fronten auf und sammelte oppositionelle junge Kräfte, geführt von Dr. Otto Schaedler²², Dr. Alois Vogt²³ und Freiherr Carl von Vogelsang²⁴. Der Heimatdienst orientierte sich am autoritären Ständestaat und zusehends an Elementen des nationalsozialistischen Deutschland, so auch am Antisemitismus²⁵. Volkspartei und Heimatdienst schlossen sich auf die 1936er Wahlen hin zur Vaterländischen Union zusammen. Hier dominierte vorerst die aktivere Heimatdienstlinie, obwohl die breite Wählerbasis der Volksparteirichtung, vertreten durch Dr. Alois Ritter²⁶, angehörte.

Der vor allem in den Zeitungen mit heute kaum vorstellbarer Heftigkeit geführte Parteienstreit drehte sich besonders um den Proporz und damit um Anteil an der Macht, von der sich die Opposition ausgeschlossen sah; in der wirtschaftlichen Krise stritt man um Arbeit und Stellen. Die Opposition warf der Regierung vor, sie begünstige Bürgerparteiangehörige. Das war auch immer wieder der Fall, wenn auch nicht im behaupteten Ausmass. Immerhin gehörten die Mehrzahl der Beamten und insbe-